

Argumente in Kurzform

Freitag, 20. November 2015
23:24

Abkürzungen:

AKW	AtomKraftWerk
BNA	BundesNetzAgentur
ÜNB	ÜbertragungsNetzBetreiber
HGÜ	Höchst-Spannung-Gleichstrom-Übertragung
NEP	Netz-Entwicklungs-Plan (Strom)

1.) Prozess der Netzentwicklung / Dialog / Bewertungsfähigkeit

- **Fehlende öffentliche Information in verständlicher Form**
- Entgegen den Vorlagen gegenüber dem Parlament zeigen die von der Firma Amprion im Zuge der sog. „Informationsveranstaltungen“ präsentierten Dokumente, dass die HGÜ Trasse nicht etwa den Strom erneuerbarer Energieerzeugungsanlagen, sondern mittels Braunkohleabbau erzeugten Strom nach Bayern transferieren soll.
- **Der wiederkehrende Prozess** aus Szenariorahmen - Netzentwicklungsplan - strategische Umweltprüfung ist so konstruiert, dass der Bürger einen **hohen Aufwand** hat. Dies soll offensichtlich **abschreckend wirken**.
- Der **BNA fehlt jede eigene Bewertungsfähigkeit**. Damit ist auch das Parlament in Konsequenz den Interessen der ÜNB gegenüber wehrlos ausgeliefert.
- Es gibt kein nachvollziehbares Rechenmodell, das die Fakten zur Gewichtung und Bewertung für den Netzausbau enthält. Wer die Studie finanziert / die Software schreibt erhält das gewünschte Ergebnis. Parallelen zum Abgasskandal bei VW sind offensichtlich.
- Beim Energiedialog in München verteidigt die BNA die Interessen der ÜNB.
- Die Eingaben der Bürger werden nicht von der BNA, sondern von den ÜNB geprüft (Bock wird zum Gärtner).
- Die ÜNB dürfen die Stellungnahmen im Konsultationsprozess selbst analysieren und Schlüsse zum eigenen Vorteil (für die nächste Konsultationsrunde) ziehen. Aspekte zum eigenen Vorteil werden dann öffentlichkeitswirksam angesprochen (z.B. "Erdverkabelung ist die Lösung", Verlegung der Start/End-Punkte, Lobbyaktionen gegenüber Parlament und Journalismus).
- Der Bürger als **DER WICHTIGSTE STAKEHOLDER** (er stellt seine Ressourcen zur Verfügung und finanziert alles über seinen Stromverbrauch) darf legal übergangen, belogen und enteignet werden.

2.) Leitungsausbau, Energiewende und -politik

- Die Energiewende ist zwar nirgendwo scharf definiert (Es gibt kein Gesetz!), ABER es gibt zwei wesentliche Punkte: A) Ausstieg aus der Atomenergie UND B) Hin zu einer dezentralen, nachhaltigen Energiewirtschaft auf Basis regenerativer Energie. Damit auch der konsequente weitere Verzicht auf fossile Energieträger.
- **Die HGÜ Trassen laufen diesem Ziel zuwider, weil**
 - o Über die "Interconnection Kaliningrad Region Power System - German Power System" russischer Atomstrom über ein Unterseekabel ans deutsche Stromnetz angeschlossen werden kann. => Atomausstieg???
 - o Braunkohlestrom aus den ostdeutschen Abbaugebieten durch die HGÜ Leitungen nach Süd-EUROPA läuft.=> Braunkohleverstromung und Stromhandel laufen sowohl der Energiewende, als

auch den Klimazielen zuwider.

- Die ÜNB begründen den Netzausbau im NEP mit der Überschussproduktion in Deutschland. Weshalb wird dann dennoch öffentlichkeitswirksam von Windstrom in den Süden und von der Sorge um die Versorgungssicherheit Bayerns gesprochen?
- Es findet sich im NEP bisher keine Erörterung, wie viele Kapazitäten nach Abschaltung der süddeutschen AKW **frei werden und weshalb diese Kapazitäten dann nicht ausreichen sollen.**
- Die HGÜ Trassen können Leistung nur örtlich verschieben, aber keine Speicherung oder Pufferung bewirken. Sie tragen damit nicht zur Netzstabilität bei, solange am anderen Ende der Leitung niemand die angebotene Leistung benötigt. Der Dimensionierungsfall ist aber ein Stromüberangebot in Ostdeutschland bei gleichzeitiger fehlender Abnahme in Deutschland einschließlich Bayern => Stromexport
- Die Trassenpläne bewirken eine Marktverzerrung, die den Neubau von dezentralen Anlagen zur Nutzbarmachung erneuerbarer Energie in Bayern langfristig unrentabel macht.

3.) Gesundheit und Natur

- Die Gefährdung der Gesundheit durch die magnetischen und elektrostatischen Felder der an einer HGÜ-Leitung mit mindestens 2x500kV-Spannung lebenden Menschen und Tiere kann nicht zweifelsfrei ausgeschlossen werden.
- Wissenschaftlich belastbare Studien zum Thema HGÜ und die daraus resultierenden Gesundheitsgefahren sind nicht vorhanden. Weshalb wird dann nicht zuerst geforscht und dann erst geplant und gebaut?
- Weshalb werden für die Beurteilung der Gesundheitsrisiken nicht präventiv die niedrigsten Grenzwerte unserer Schweizer Nachbarn (1Mikro-Tesla statt 500 Mikro-Tesla für die magnetische Induktion) herangezogen?
- Es gibt für Freileitungen keine Abstandsregelung zur Wohnbebauung!!!

- Zerstörung von Waldflächen
- Gefahr der Veränderung von Quellen und Wasseradern mit unmittelbarer Auswirkung auf Landschaftsschutzgebiete, Gewässer und Seen.
- Immense Waldvernichtung, allein in Bayern mindestens 12,5km² für die Trassenführung ohne die erforderliche Infrastruktur (Zufahrtsstraßen, ...)

- Die Beeinträchtigung des Tourismus !
- Negativer Einfluss auf Tourismus.
 - Der Verlust des „Naturparks Altmühltal“ hinsichtlich Status und Image !
 - Die Bedrohung von UNESCO-Weltkulturerbe-Stätten wie dem römisch-rätischen Limes ! Und in dessen Folge Rückwirkungen auf die vorgenannten Punkte.

- Nichtreversible Zerstörung von Naherholungsgebieten.
- Sensible Landschafts- und Trinkwasserschutzgebiete (u.a. der Metropolregion Nürnberg) sind massiv bedroht (Bauinfrastruktur und -straßen, Fundamentgröße 30x30m, min. Tiefe: 1/3 von 75m sind 25m!).
-
- Die Wertminderung von Grundstücken und Immobilien .
- Schneisenbildung quer durch die Landschaft.
- "Umzingelung" durch Strommasten oder Erdtrassen
- Die Nutzungseinschränkungen für die Land- und Forstwirtschaft .

- Die Interaktion mit der lokalen und überregionalen Luftfahrt zum Beispiel durch Anhebung von Verfahrenswerten im über der Trasse liegenden Luftraum auf Grund der geänderten Hindernissituation

- Die Zerschneidung bzw. Einengung von Siedlungsgebieten .
-
- Die Einengung von Entwicklungsmöglichkeiten für die lokale Wirtschaft in Form von Steinabbau und allgemeinen Industriegebieten aller Branchen .

- Die Zerschneidung von auf europäischer Ebene besonders geförderten Maßnahmen des Umweltschutzes und der Biotopvernetzung .
- Die Verknappung der vorhandenen Flächen im Außenbereich für die Errichtung erneuerbarer Energieerzeugungsanlagen !
- Negativer Einfluss auf Landwirtschaft, Mensch und Tier.
- Schwächung der Stadtentwicklung, weniger Zuzug bzw. Abwanderung junger Familien
- Durch den mit dem NEP bestätigten europaweiten Stromtransit über die HGÜ-Leitung tragen die betroffenen Landkreise, Städte, Gemeinden, Dörfer und vor allem deren Menschen die Lasten der unter dem Deckmantel der Energiewende geplanten Stromautobahn.

4.) Gesellschaftspolitische Aspekte

- Die Bürger in Bayern möchten eine Energiewende weg von Kohle und Atom hin zu erneuerbarer und dezentraler Energieversorgung. Die HGÜ-Trassen werden medienwirksam als Teil der Energiewende verkauft. Personen, die gegen diese PublicRelation-Aktion wirksam vorgehen werden als "Wutbürger" diffamiert.
- Der Dialog mit dem Bürger wird durch Maßnahmen der Energielobby massiv gestört. Gerade der gut informierte Bürger wird als "Wutbürger" diffamiert.
- Der immense Wertverlust von Grundstücken und Immobilien in der Größenordnung von mindestens 50% ist zu erwarten. Und das ohne Gegenleistung für die Betroffenen.
- Transeuropäisches Netz/Stromtransit (ENTSO-E): den laut NEP zu erwartenden volkswirtschaftlichen Nutzen zahlen die betroffenen Kommunen und deren Einwohner.
- Vorzeitige Besitzeinweisung und nachfolgende Enteignung ist möglich, d.h. es kann gebaut werden, bevor enteignet wird. Und das bei einer garantierten Rendite von 9,05% für die ÜNB39 und deren Investoren.

5.) Technisch - Wirtschaftliche Bewertung

- Die BNA als Behörde auf der einen Seite und die ÜNB auf der anderen Seite bilden ein bilaterales Monopol/Oligopol. Die z.B. gem. VO PR 30/53 (Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen (PreisV 30/53))erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen bei „Marktferne“ sind für uns als Bürger nicht erkennbar.
- Weshalb wird ein Netzneubau mit einer höheren Rendite hinterlegt als ein Netzausbau? Müsste es zur Umsetzung des NOVA-Prinzips nicht genau umgekehrt sein (Netzoptimierung-vor-Ausbau)?
- In den wirtschaftlichen Betrachtungen fehlen Szenarien, die einen Leitungsausbau dem Verzicht von Stromeinspeisung technisch-wirtschaftlich gegenüberstellen.
- Der NEP geht von einem Ausstieg aus der Kernenergie aus, allerdings werden keinerlei Bemühungen zu dezentraler Energieerzeugung in Bayern berücksichtigt.
- Weshalb wird in den Szenarien die Erzeugungsleistung nicht von vornherein um die Anteile, die das unmittelbar benachbarte Ausland (konkret: Polen) nicht abnimmt, gedrosselt?
- Im NEP fehlen Betrachtungen, die eine Speicherung der auftretenden Erzeugungsspitzen in der Nähe der Erzeugung beinhalten.
- Weshalb wird in den Szenarien keine Umwandlung in Sekundärspeicher z.B. in Form der Wandlung von „Power to Gas“ betrachtet?

- Weshalb werden die Kosten für unterschiedliche Trassenvarianten (Verlauf, Erdkabel - Freileitung) nicht offen benannt?
- Wie und durch wen werden die Entsorgungskosten einer HGÜ-Trasse nach Nutzungsende und die Wiederherstellung des vorherigen Zustands im Sinne einer echten Vollkostenrechnung berücksichtigt?
- Auch HGÜ-Leitungen übertragen Energie nicht ohne Verlust. Die von Sachsen-Anhalt nach Bayern verlaufende Leitung wandelt zusätzliche 100 Mega-Watt in Wärme um, damit am Endpunkt 2 Giga-Watt zur Verfügung stehen. Diese Ineffizienz wird nirgendwo betrachtet, obwohl zeitgleich dem Bürger Energiesparen als lohnend gepredigt wird.
- Weshalb werden in den Netzausbauplänen die Verlustleistungen und die tatsächlichen Erzeugungsleistungen nicht technisch - wirtschaftlich gegenüber alternativen Lösungen abgewogen?

6.) Versorgungssicherheit / Terrorismus

- Eine dezentral aufgebaute Stromversorgung ist gegenüber gezielter Manipulation von außen und innen nahezu immun, denn Wirkungen bleiben stets lokal begrenzt und kleine Anlagen sind kaum "lohnenswerte Ziele".
Demgegenüber müssen hochwertige Ziele zentraler Anlagen auch gegen Manipulation gesichert werden. Bei Kraftwerken - insbesondere AKW - ist das bekannt und wird berücksichtigt.
Eine mehrere hundert Kilometer lange HGÜ Trasse ist eine durch Terroristen leicht angreifbare und verletzliche Infrastruktur! => Das Thema Vulnerability wird bisher nicht berücksichtigt.
- **Die Versorgungssicherheit Bayerns ist auch ohne HGÜ-Trassen gewährleistet.**
- Eine Dimensionierung von Stromnetzen nach den Aspekten der Versorgungssicherheit fordert niemals Punkt-zu-Punkt Verbindungen wie die HGÜ-Trassen, sondern deren Abschaffung.